

Beschlussantrag

des Gemeinderates Stefan Gara und weiterer Gemeinderatsabgeordneter

betreffend Realisierung eines BürgerInnen-Solarkraftwerks auf dem Dach des Krankenhaus Nord

eingebraucht im Zuge der Debatte über Post Nr. 12 in der 55. Sitzung des Wiener Gemeinderats am 26.09.2019

Die Stadt Wien hat sich in ihrer Smart City Rahmenstrategie bis zum Jahr 2050 das Ziel gesetzt, den CO₂-Ausstoß pro Person bis 2030 um die Hälfte, bis 2050 um 100 Prozent zu reduzieren. Vor diesem Hintergrund ist die energetische Nutzung der (Dach)Flächen jedes öffentlichen Gebäudes (vor allem im Neubau) mittels Photovoltaik unerlässlich.

Das Krankenhaus Nord verfügt über eine der größten Dachflächen aller öffentlichen Gebäude in Wien. Die abgedichtete Dachfläche beträgt ca. 70.000 m², davon sind ca. 22.000 m² extensiv begrünt. Es ist verwunderlich, dass diese Dachfläche bis dato nicht zur Errichtung einer Photovoltaikanlage vorgesehen ist, obwohl die Flachdächer in der Umgebung des Krankenhaus Nord über eine gute bis sehr gute Eignung für Photovoltaik aufweisen und der Solarstrom zum überwiegenden Teil direkt vor Ort genutzt werden kann. Es gibt in Wien kaum einen besseren Standort für ein Solarkraftwerk.

Die Fläche am Krankenhaus Nord eignet sich daher besonders gut für ein BürgerInnensolarkraftwerk. In Wien sind diese sehr beliebt. Die BürgerInnensolarkraftwerke bieten die Möglichkeit, einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Darüber hinaus können Bürgerinnen und Bürger als Anteilseigner_innen in diese Solarkraftwerke investieren und Geld verdienen. Mittlerweile wurden mehr als 30 Anlagen von der Wien Energie im Großraum Wien erreicht.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG

Der Wiener Gemeinderat spricht sich dafür aus, ein BürgerInnen-Solarkraftwerk auf dem Dach des Krankenhauses Nord und der Nebengebäude (z.B. Parkgarage) errichten zu lassen. Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden beauftragt, eine rasche Umsetzung in die Wege zu leiten.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an die Ausschüsse für Soziales, Gesundheit und Sport sowie für Umwelt und Wiener Stadtwerke beantragt.

Wien, 26.09.2019